

Tribüne

Ethische Überlegungen zur Asylpolitik

Die vielen Asylgesuche führen in der Bevölkerung zu Verunsicherung und Angst. Um Überreaktionen zu vermeiden, gilt es, die Migration stärker zu begrenzen.

Kurt Fluri und
Béatrice Acklin Zimmermann

Im Wahlkampf wurde heftig über die Migration und deren Folgen debattiert. Das neu gewählte Parlament muss dies als Auftrag verstehen, tragfähige Lösungen zu suchen. In Anbetracht der starken Zuwanderung ist die Debatte überfällig, und man sollte sich auch nicht davor scheuen, Tabus zu hinterfragen. Da die Asilmigration weitaus am meisten sozialen Sprengstoff birgt und effektive wie auch politisch aufgeladene Probleme mit sich bringt, sei hier ausschliesslich von dieser Migrationsschiene die Rede.

Im Schweizer Asylsystem befinden sich derzeit 200'000 Menschen, das sind weit mehr als zur Zeit der grossen Flüchtlingswelle 2015/16. Die schiere Menge der weltweit zu beobachtenden Migrationsströme lässt sich auf die Kurzformel bringen: Wohlstandsgefälle plus Mobilität gleich Migration. Die grosse Armut in vielen

Ländern bewirkt eine geradezu völkerwanderungsähnliche Armutsmigration, der Klimawandel und dessen Folgen wie unbewohnbare Landstriche werden zukünftig wohl noch zusätzliche Fluchtbewegungen auslösen.

Bereits heute sieht sich die Schweiz mit einer grossen Zuwanderung konfrontiert. So verständlich die Gründe und so erschütternd die Einzelschicksale vieler Flüchtender sein mögen – oftmals erfüllen diese die Kriterien des hiesigen Asylrechts, das auf die individuelle Verfolgung aus religiösen, politischen oder rassistischen Gründen ausgerichtet ist, nicht. Dies führt dazu, dass ihre Asylgesuche abschlägig beantwortet werden und sie mit der Rückführung in ihr Herkunftsland rechnen müssen.

Und genau dies ist einer der Knackpunkte der aktuellen Asylpolitik und für viele ein Stein des Anstosses: Rund 40'000 rechtskräftig Abgewiesene können derzeit nicht

Individuell harte Entscheide, die von NGOs, Hilfswerken und Kirchen kritisiert werden dürften, müssen in Kauf genommen werden.

zurückgeschafft werden, weil der Schweiz rechtsstaatlich die Hände gebunden sind. Deshalb leben die euphemistisch als «vorläufig Aufgenommene» bezeichneten Personen mit diesem Status weiterhin und oftmals für immer in der Schweiz und erhalten Nothilfe,

sind aber ohne irgendeine Zukunftsperspektive.

Auch wenn die Rückführungsquote der Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern hoch ist, wirft die derzeitige Rückführungspraxis dennoch zahlreiche Fragen auf. Ganz abgesehen davon, dass die vom Bund regelmässig durchgeführten Rückflüge definitiv Abgewiesener einen quantitativ kleinen Erfolg aufweisen und sich durch hohe, eigentlich unverhältnismässige Kosten auszeichnen, die sich nur mit rechtsstaatlichen Vollzugsgrundsätzen rechtfertigen lassen.

Die unbefriedigende Rückführungspraxis und der signifikante Anstieg der Asylgesuche sorgen in weiten Teilen der Bevölkerung zunehmend für Verunsicherung und Angst. Um zu verhindern, dass die Massenmigration auch hierzulande zu gesellschaftlichen Überreaktionen führt und extreme politische Bewegungen und Parteien Kapital daraus schla-

gen, gilt es, in die Offensive zu gehen und die Migration stärker zu steuern und zu begrenzen. Dazu gehört eine konsequente Umsetzung des Asyl- und Ausländergesetzes, auch unter Inkaufnahme individuell harter Entscheide, die namentlich von NGOs, Hilfswerken und Kirchen kritisiert werden dürften.

Dazu gehört aber auch, dass sämtliche diplomatischen Hebel betätigt werden, um die Armutsmigration bereits an den Schengen/Dublin-Aussengrenzen zu stoppen und administrativ abzuwickeln. Die Schweiz sollte sich den neuen Realitäten stellen und die Hilfe an Asylsuchenden und die Aufnahme von Asylsuchenden voneinander entkoppeln. Es sollten deshalb umgehend Szenarien geprüft werden, wie die Schweiz in den Anrainerstaaen Asylzentren mit rasch vollzogenen Verfahren einrichten kann.

Auch wenn man sagen darf, dass die Schweiz ihr Asyl-

wesen besser im Griff hat als andere Länder, so kommt auch dieses angesichts der derzeit grossen Migrationsströme an seine Grenzen. Anstatt die Augen davor zu verschliessen und dadurch extremen politischen Bewegungen und Parteien in die Hände zu spielen, muss es das Ziel der Schweizer Politik sein, die Migration rasch einzudämmen und dafür zu sorgen, dass nur tatsächlich Verfolgte unter dem Titel Asyl hierhergelangen können. Dazu muss sie sich keineswegs von der humanitären Tradition unseres Landes verabschieden, sondern mit der Auslagerung von Asylverfahrenszentren in den Schengen/Dublin-Raum könnte sie dazu beitragen, vor Ort Hilfe und Schutz zu bieten.

Kurt Fluri war von 2003 bis 2023 FDP-Nationalrat und ist Vorstandsmitglied des Thinktanks Liberethica.

Béatrice Acklin Zimmermann ist Geschäftsführerin des Thinktanks Liberethica.

ANZEIGE

Kanton Bern
Canton de Berne

**HEUTE
DIE ELTERN
VON MORGEN
ERZIEHEN** DAS TUN LEHRERINNEN
UND LEHRER.

Jetzt LehrerInwerden.ch